

## **ANTRÄGE**

### **1) Checkit Jugendcard, Edu.card, Tip-Ticket und Schülersausweis – Vollendung und Verbindung verschiedener Ausweise**

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann** stellt folgenden Antrag:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Für Schülerinnen und Schüler gibt es in Graz neben der Checkit Jugendcard als offizieller Jugendcard noch die Edu.card des Bundesministeriums für Bildung und/oder einen von der jeweiligen Schule ausgestellten Schülersausweis als Lichtbildausweis. Die meisten haben zusätzlich einen Freifahrtausweis bzw. das Top-Ticket als weiteren Ausweis, welcher ebenfalls die Erfordernisse eines Altersnachweises nach dem steiermärkischen Jugendschutzgesetz §22 Abs. (2) erfüllt, eingesteckt. Diese drei verschiedenen Ausweise haben als separate Karten keine Berechtigung. Sehr wohl hat jede dieser Karten eine klare und auch weiterhin wichtige Funktion, die allerdings auch auf einer gemeinsamen Karte erfüllt wäre.

Ein entsprechendes Pilotprojekt gibt es bereits in Wien. Hier werden der Schülerfreifahrtausweis und die Edu.Card kombiniert.

Für die Steiermark wiederum existiert das Pilotprojekt der Edu.Checkit Card.

Es liegt dementsprechend nahe, all diese Projekte zusammenzuführen. Durch diese Vereinheitlichung würde ein Einsparungspotential in der Produktion und der Administration der Karten entstehen und zudem liegt der Mehrwert einer vereinfachten Handhabung für die Schülerinnen und Schüler ebenfalls auf der Hand.

Um diese Vereinfachung im Sinne einer schlanken zeitgemäßen Verwaltung nach Jahren des Teststadiums endlich umzusetzen, stelle ich Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

## **A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge an das Ministerium für Bildung und Frauen – für die Edu.Card verantwortlich, den Verkehrsverbund Steiermark – zuständig für die Schülerfreifahrtscheine – sowie das Land Steiermark – als Aussteller der Checkit Jugendcard – mit dem Ersuchen herantreten, dass in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe die Projekte der Edu.Checkit Card in Kombination mit der Schülerfreifahrt beziehungsweise dem Top-Ticket vollendet und flächendeckend in der Steiermark umgesetzt werden.

*Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **2) Schutzweg Stiftingtalstraße (Klinikum – ZWT)**

GR.<sup>in</sup> Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Kopera**, MBA stellt folgenden Antrag:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Mit Anfang Mai dieses Jahres wurde das Zentrum für Wissens- und Technologietransfer in der Medizin (ZWT) als erster Bauabschnitt des MED CAMPUS Graz der Medizinischen Universität Graz in Betrieb genommen.

Hier befinden sich über 10.000 m<sup>2</sup> Labor- und Büroflächen, die bereits genützt werden, sowie privat vermietete Flächen an wissenschaftsorientierte Firmen wie JOANNEUM RESEARCH HEALTH - Institut für Biomedizin und Gesundheitswissenschaften, MEON Medical Solutions GmbH & CoKG, Carbomed Medical Solutions GmbH & CoKG und das Entwicklungsbüro Graz der BBraun Melsungen AG.

Es arbeiten etwa 250 Personen in diesem neuen Gebäude, es gibt Parteienverkehr mit etwa 90 Studierenden täglich, da die OE für Studium und Lehre dort untergebracht ist und es kommen täglich mehr als 100 PatientInnen ins Institut für Hygiene, das bereits vom Universitätsplatz übersiedelt ist, es sind also derzeit an die 1.000 Frequenzen welche die stark frequentierte Stiftingtalstraße überqueren, in Stoßzeiten (z. Bsp. Studienanmeldung) und mit der schrittweisen Komplettierung des MedUniCampus werden sich diese Zahlen vervielfachen.

Bislang erfolgen die Überquerungen der viel befahrenen Stiftingtalstraße ohne geregelten Übergang. – An einen Zebrastreifen wurde bisher nicht gedacht, er ist dringend erforderlich.

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den

### **A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge die zuständigen Stellen des Hauses Graz ersuchen, möglichst rasch durch die Errichtung eines Schutzweges über die stark befahrene Stiftingtalstraße allen FußgängerInnen einen gesicherten Übergang zum ZWT zu ermöglichen.

*Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **3) Verbesserungsmaßnahmen bei der Kontrolle von Lärmbelästigungen durch Veranstaltungen in dicht besiedelten Wohngebieten, insbesondere im Bezirk Jakomini im Bereich Augartenpark bzw. Messe Graz**

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Gerade im Augartenpark konnte in den letzten Jahren eine Zunahme von Veranstaltungen mit Open-Air-Musikbeschallung festgestellt werden. Seit Jahren gibt es massive AnrainerInnenbeschwerden gegen diese massive Zunahme an Lärmbelastungen. Gerade bei den Open-Air-Veranstaltungen wird oft der nach dem Veranstaltungsgesetz bzw. bescheidmäßig vorgeschriebene Lärmpegel nicht immer eingehalten. Leider führen diesbezügliche Anzeigen der Anrainerinnen oft ins Leere, da die Polizei als einschreitendes Organ zum Zeitpunkt der Anzeige nicht in der Lage ist, die tatsächliche Überschreitung des Lärmpegels zu überprüfen, da sie nicht über geeignete Lärmmessgeräte verfügt.

Dieselbe Problemsituation haben wir mittlerweile bei der Messe Graz, wo auch in den letzten Jahren verstärkt „Open-Air-Veranstaltungen“ im Bereich der rückwärtig gelegenen Markthalle insbesondere z.B. das „Holi-Festival“ (das überhaupt entgegen den Veranstaltungsrichtlinien von 10.00 bis 24.00 Uhr genehmigt wird) abgehalten werden. In unmittelbarer Nähe befindet sich ja bekanntermaßen die Siedlungsanlage Messequartier, wo bereits an die 500 Menschen wohnen (insbesondere befindet sich hier auch ein Bereich für Wohnen plus 50 und ein SeniorInnenwohnbereich. Bereits jetzt wird an der zweiten Baustufe gearbeitet, die noch näher beim Messeareal gelegen sein wird und hier auch eine Burn-Out-Klinik untergebracht werden soll. Danach soll noch eine dritte Baustufe erfolgen, die unmittelbar an das Messeareal anschließen wird.

Wie das Wachzimmer Jakomini in einer Anfrage vor Ort bestätigen konnte, sind diese obwohl zuständiges Organ derzeit nicht in der Lage eine Überprüfung der Einhaltung der Lärmschutzaufgaben durchzuführen: „Wir müssten beim Magistrat mindestens 5 Wochen vorher ein Lärmmessgerät anfordern, das wir aber nicht können, da wir zumeist erst 1 Woche vor der Veranstaltung den zuständigen Bescheid ins Haus bekommen“.

Um eine Einhaltung der Lärmschutzaufgaben zukünftig effizienter überwachen zu können, darf ich aufgrund eines Vorschlages vom Leiter des Wachzimmers Finanz, Chefinspektor Günther Ebenschweiger, nunmehr folgende Frage stellen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclub den

### **A n t r a g :**

Die zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz werden ersucht, an Veranstaltungstagen (also auch Sa. bzw. So.) einen Journaldienst einzurichten, sodass von Seiten der Exekutive im Fall einer Anzeige ein Beamter diesen Journaldienstes anfordern kann, der die unmittelbare Überprüfung der Einhaltung der durch Bescheid vorgeschriebenen Lärmschutzpegel am Ort der Veranstaltung mittels Lärmmessgerät unmittelbar durchführen kann, oder alternativ Standgeräte an den bezeichneten Veranstaltungsorten einzusetzen

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **4) Veröffentlichung der Ergebnisse von Gemeinderatsanträgen auf der Homepage der Stadt Graz**

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Sitzungen des Gemeinderates werden auf der Homepage der Stadt Graz unter Rathaus+Politik/Gemeinderat/Gemeinderats-Sitzungen schon jetzt laufend veröffentlicht und sind in Österreich sicher ein Best Practice Beispiel in Bezug auf öffentliche Information und Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz anzusehen.

Neben den Abstimmungsergebnissen zur Tagesordnung, werden auch die Fragestunde bzw. die Anfragen an den Bürgermeister mit Beantwortungen veröffentlicht.

Die Beschlussfassungen über Dringlichkeitsanträge bzw. Anträge werden ebenso veröffentlicht. Nicht mehr veröffentlicht werden jedoch die Beantwortungen dieser Anträge, sodass nicht nachvollzogen werden kann, was mit der Behandlung dieser beschlossenen Anträge passiert.

Im Sinne einer umfassenden Transparenz sollten aber auch die Ergebnisse dieser Anträge auf der Homepage veröffentlicht werden.

Daher stelle ich namens des VP-Gemeinderatsclubs den

### **Antrag,**

der Gemeinderat möge wie folgt beschließen:

Zukünftig sollten die dringlichen Anträge bzw. Anträge in einer eigenen Rubrik Gemeinderatsanträge auf der Homepage nach Datum gereiht aufgelistet und dazu die entsprechenden Ergebnisse veröffentlicht werden.

*Der Antrag wird der ordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.*

**5) Kreuzung Plüddemanngasse – Hans-Brandstetter-Gasse, Verkehrsinsel**

GR. **Stöckler** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

In den letzten Jahren kam es an der Verkehrsinsel, die an der Kreuzung Plüddemangasse - Hans-Brandstetter-Gasse situiert ist, häufig zu Beschädigungen durch Kraftfahrzeuge an dem die Insel kennzeichnenden Verkehrszeichen. Vor allem am Wochenende und in den Nachtstunden scheint eine mangelnde Erkennbarkeit des Verkehrszeichens sowie der Verkehrsinsel zu bestehen.

Namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

**A n t r a g ,**

die zuständigen Magistratsabteilungen bzw. die Holding Graz werden ersucht, eine geeignete Lösung für eine dauerhafte, kostensparende und die Verkehrssicherheit erhöhende Anbringung des bezeichneten Verkehrszeichens zu finden.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**6) Antragsrecht und Budget für das Kinderparlament**

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Partizipation ist neben Schutz und Vorsorge laut UN-Kinderrechtskonvention eine ganz wichtige Voraussetzung für die bestmögliche Entwicklung, auf die alle Kinder einen Anspruch haben. Die politische Partizipation ist in der Stadt Graz durch das Kinderparlament gegeben.

Dass in jüngster Zeit einige Anträge in den Gemeinderat kamen, die auf Beschlüssen des Kinderparlaments beruhten, ist sehr erfreulich.

Es zeigt aber auch, dass Kinder und Jugendliche durchaus in der Lage sind, Wünsche und Anliegen klar zu formulieren. Leider fehlt es jedoch bisher an der Möglichkeit, sie auch politisch umzusetzen. Denn im Gegensatz zu Städten wie etwa Luzern in der Schweiz hat das Kinderparlament nur ein geringes Budget und kein Recht, Anträge an den Gemeinderat zu stellen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, darauf hinzuwirken, dass dem Grazer Kinderparlament ein höheres Budget zur Verwirklichung eigener Anliegen zur Verfügung gestellt wird und dass es ein Antragsrecht an den Gemeinderat erhält.

*Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **7) Fassadenbegrünung**

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Fassadenbegrünung dient zum einen dem Schutz und der Verschönerung von Bauwerken. Viel wichtiger – insbesondere in einer Feinstaubstadt wie Graz – ist aber ihre Wirkung zur Verbesserung gebauter Umwelt unter ökologischen Aspekten. Langzeitstudien der Universität Karlsruhe belegen, dass bauphysikalische, lufthygienische und stadtökologische Wirkungen den seit langem angenommene positiven Effekten entsprechen. Aktuell wurde am Institut für Technologie der Uni Karlsruhe (KIT) per Simulation ermittelt, dass Fassadenbegrünungen sehr beachtliche Verbesserungen von Stadtluft und Stadtklima (bis 30%) bewirken können.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, darauf hinzuwirken, dass im Grazer Stadtraum und insbesondere bei größeren Neubauprojekten (wie etwa Reininghaus, wo sehr viel Grünraum verloren geht) ein Schwerpunkt auf die Begrünung von Fassaden gelegt wird.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**8) Fußgängerampel Bergmanngasse/Lindweg**

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Aufgrund der neuen Bestimmungen zur Verkehrssicherheit müssen auf allen mehrspurigen in eine Richtung befahrenen Straßen ungesicherte Übergänge entfernt bzw. durch Ampeln gesichert werden. In der Grazer Bergmannsgasse, die eine Landesstraße ist, wurden daher in Abständen von ca. 100 Metern drei Druckknopfampeln an den Kreuzungen Schröttergasse, Kreuzgasse und Richard Wagner Gasse installiert, nicht jedoch auf Höhe des Lindwegs.

Dort gibt es allerdings eine Bushaltestelle (Bus 41), aber keine Möglichkeit, ungefährdet über die Bergmannsgasse zu kommen. Der nächste Fußgängerübergang befindet sich bei der Kreuzung Hochsteingasse.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, beim Land Steiermark darauf hinzuwirken, dass auf Höhe des Lindwegs, wo sich vorher ein Zebrastreifen befand, eine Fußgängerampel mit Zebrastreifen errichtet wird.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9) GIS-Beratungen**

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Das GIS-Büro am Grieskai hat vor gut einem Jahr geschlossen. Dass alle Bürgerinnen und Bürger sich über das Internet über die Befreiung von der Rundfunkgebühr informieren könnten, wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Dem ist aber bei weitem nicht so. Vor allem ältere und wirtschaftlich schwache Menschen tun sich dabei oft schwer.

Darum wurden in den Servicestellen der Stadt Graz vermehrt diesbezügliche Anfragen gestellt. Das ORF-Gebühreninformationsservice (GIS) stellte daher im Zeitraum 24. März bis 19. Mai einen Mitarbeiter, der einmal pro Woche für eine Stunde am Sozialamt für Beratungen zur Verfügung stand. Dieses Angebot ist nun trotz hoher Nachfrage ausgelaufen. 126 Beratungen wurden durchgeführt – das sind rund 15 pro Stunde. Als Grund dafür wurde unter anderem die mangelnde technische Ausstattung angeführt, die eine hohe Nachbearbeitungsrate erforderlich gemacht hätte.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, an das GIS heranzutreten, um ehestmöglich wieder Beratungen rund um die ORF-Gebühren am Sozialamt anzubieten. Den MitarbeiterInnen des GIS sollen die notwendigen technischen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 10) Outdoor-Fitnessgeräte an Schulen und öffentlichen Orten

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Übergewicht ist eines der gesundheitlichen Hauptprobleme in der Gesellschaft. Aktuellen Studien zufolge ist in Österreich jede fünfte Person übergewichtig, bei Schulkindern liegt der Prozentsatz sogar oft höher. Ursache hierfür ist zum einen falsche Ernährung, maßgeblich ist aber auch der Bewegungsmangel.

Laut ExpertInnen ist daher jede Maßnahme, Menschen zur Bewegung zu motivieren, sinnvoll. Einige Städte Europas haben eine Möglichkeit gefunden, diesem Trend zu begegnen: Outdoor-Fitnessgeräte an öffentlichen Plätzen. Das Trainieren „im Vorbeigehen“ an diesen Geräten macht Spaß, motiviert, ist gesund und führt nachweislich zu Kommunikation zwischen verschiedensten Menschen.

Bereits realisierte Projekte an Schulen belegen, dass solche Geräte SchülerInnen zu Bewegung an frischer Luft motivieren und dabei helfen, Stress, Aggressionen und Bewegungsmangel abzubauen. Durch die zielgruppenorientierte Geräteauswahl kann ein ausgewogenes Verhältnis zwischen körperlicher Beanspruchung und der Schulung sensomotorischer Fähigkeiten erreicht werden. Das Training an den meist mehrfach belegbaren Geräten fördert Gruppenbildung und bereitet auch weniger sportbegabten Menschen Spaß.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag:**

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, darauf hinzuwirken, dass an Grazer Schulen und im Grazer Stadtraum – Parks und etwa die Murpromenade bieten sich an – Outdoor-Fitnessgeräte aufgestellt werden.

*Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **11) Errichtung einer Druckknopfampel in der Mariatroster Straße**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Konditorei Kern in der Mariatroster Straße ist ein äußerst beliebter Treffpunkt für Jung und Alt. Doch bei der Querung der von allen Fahrzeugen sehr schnell durchfahrenen Straße sorgt der Zebrastreifen nicht für ein ausreichendes Sicherheitsgefühl, weder bei Senioren und Seniorinnen, noch bei Müttern mit Kleinkindern.

Anrainer berichten bereits von zwei Unfällen mit Personenschaden.

Eine Druckknopfampel würde die Sicherheit an dieser Stelle deutlich erhöhen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag:**

Die Stadt Graz weist die betreffenden Stellen an, in der Mariatroster Straße auf Höhe der Konditorei Kern eine Druckknopfampel zu installieren.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **12) Grünpflege am Israelitischen Friedhof**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Der Israelitische Friedhof in Graz-Wetzelsdorf ist Zeitzeuge und Gedenkstätte der besonderen Art. Sowohl auf Grund der Geschichte der Stadt Graz, als auch bezüglich des Titels einer Menschenrechtsstadt erscheint der aktuelle Zustand dieser Anlage als völlig indiskutabel.

Es wäre für die Stadt Graz keine schwere Aufgabe, zumindest die hohen Verwachsungen zu stutzen und den Rasen zu pflegen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**A n t r a g :**

Die Stadt Graz beauftragt die betreffenden Stellen, am Israelitischen Friedhof durchgehend Grünpflege zu betreiben.

*Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **13) Ausnahme für Hebammen von der Grazer Parkgebühren-Verordnung**

GR. Mag. **Krotzer** stellt folgenden Antrag:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

In der Stadt Graz sind nach §3 der Grazer Parkgebühren-Verordnung Einsatzfahrzeuge, Fahrzeuge, die von ÄrztInnen bei einer Fahrt zur Leistung ärztlicher Hilfe gelenkt werden oder auch Fahrzeuge, die von Personen im ambulanten Pflegedienst im Auftrag der Stadt Graz bei einer Fahrt zur Hauskrankenpflege, Heim- und Altenhilfe gelenkt werden, von der Entrichtung von Parkgebühren befreit.

Von dieser Regelung ausgenommen und daher benachteiligt sind allerdings Hebammen. Um diese Ungleichbehandlung zu beseitigen, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

### **A n t r a g ,**

diese Berufsgruppe in die unter § 3 der Grazer Parkgebühren-Verordnung angeführte Liste der von den Parkgebühren ausgenommenen Gruppen aufzunehmen.

*Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **14) ÖBB Bahnunterführung Kapellenstraße – Entschärfung des südseitigen Gehweges**

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

##### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Im Jahre 2007 wurde die ÖBB-Bahnunterführung in der Kapellenstraße mit beidseitig separaten Rampen für Geh- und Radweg fertig gestellt. Nachdem es aufgrund der Enge an der südseitigen Rampe mehrfach zu gefährlichen Begegnungen mit teilweise schweren Unfällen zwischen RadfahrerInnen und FußgängerInnen gekommen ist, wurden vor einiger Zeit die Hinweistafeln (Geh- und Radweg) sowie die Bodenmarkierung für die Benützung dieser beiden VerkehrsteilnehmerInnengruppen entfernt und die Benützung ausschließlich für FußgängerInnen vorgesehen.

Nun kommt es leider doch immer wieder vor, dass RadfahrerInnen trotz fehlender Markierung und Ausweisung der südlichen Rampe als Radweg diese Rampe weiterhin mit rasantem Tempo, da bergab führend, benützen. Resultat sind weiterhin zahlreiche Unfälle mit Personen- und Sachschäden.

Als Lösung dieses Problems erachte ich das Anbringen einer Tafel mit dem Hinweis „Benützung nur für Fußgänger“ sowie einer entsprechenden Bodenmarkierung als zielführend.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**A n t r a g :**

Die zuständige Stelle des Magistrats und der Herr Verkehrsreferent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob die erachtete Lösung des Anbringens einer Hinweistafel „Benützung nur für Fußgänger“ sowie einer entsprechenden Bodenmarkierung bei der südlichen Rampe der ÖBB-Unterführung Kapellenstraße zur Erhöhung der Verkehrssicherheit umgesetzt werden kann.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **15) Tarifierhöhung Verkehrsverbund**

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Der erst kürzlich veröffentlichte Bericht über die letzte Holding-Bilanz weist einen operativen Gewinn von 37,7 Millionen auf. Diese Jubelmeldungen über eine erfreuliche Holding-Bilanz passen mit den jüngsten fünfprozentigen Tarifierhöhungen so gar nicht zusammen!

Die jährlich zulässige Erhöhung der Tarife im Verkehrsverbund um das 1,75-fache der Inflation muss daher dringend revidiert werden. Eine Reform der Tarifstruktur im Interesse aller Fahrgäste und einer effektiven Feinstaubreduktion ist unumgänglich. In anderen Städten, wie etwa in Wien oder Linz, hat man da längst umgedacht.

In Linz wird die Jahreskarte mit einer sogenannten „Umweltsubvention“ von 100 Euro gefördert und kostet für Linzerinnen und Linzer nur 285 Euro, in Graz jedoch kostet eine Jahreskarte mit 1. Juli 2014 399 Euro!

Zusammen mit den Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung könnte mit dem Holding-Überschuss nach Vorbild Linz die Jahreskarte sehr leicht gestützt werden. Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

Die zuständige Stelle des Magistrats und der zuständige Herr Verkehrsreferent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe an die Holding Graz heranzutreten, um zu evaluieren, ob die Öffi-Jahreskarte der Zone 101 für das stark durch Feinstaub belastete Grazer Stadtgebiet nach Vorbild der Stadt Linz mit 100 Euro finanziell gestützt werden kann.

Des Weiteren sollen die Öffis im Stadtgebiet Graz, Zone 101, an starken Feinstaubtagen gratis zu benützen sein.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **16) Unterführung Kärntner Straße/Ecke Kapellstraßen erhalten**

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Vor geraumer Zeit wurde die für SchülerInnen der VS Neuhart so wichtige Fußgängerunterführung Kärntnerstraße/Ecke Kapellenstraße gesperrt. Zuletzt wurde bekannt, dass diese Unterführung nicht saniert, sondern sogar zugeschüttet werden soll!

Die besorgten Eltern von Kindern, die die Volksschule Neuhart bzw. den Kindergarten Neuhart besuchen, wollen sich jedoch mit dieser Entscheidung nicht abfinden. Sie starteten jetzt sogar eine Online Petition, „*Rettet die Unterführung Kärntner Straße/Kapellenstraße*“ für den Erhalt dieser für die Verkehrssicherheit der zahlreichen Kinder neuralgischen und wichtigen Unterführung.

Entgegen des vom Straßenamt der Stadt Graz vertretenen Standpunktes, dass Fußgängerunterführungen nicht mehr zeitgemäß und für die BenutzerInnen nicht sicher genug sind, sind ElternvertreterInnen der Meinung, dass die Unterführung sehr wohl einen großen Sicherheitsgewinn gegenüber einer oberirdischen Ampelkreuzung bedeutet. Ein Kind, das durch die Unterführung geht, kann definitiv nicht überfahren werden.

Darüber hinaus sind die Kosten des Zubetonierens der Unterführung wesentlich höher einzustufen als die einer Sanierung!

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

Die zuständige Stelle des Magistrats und der zuständige Herr Verkehrsreferent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob die Fußgängerunterführung Kärntner Straße/Ecke Kapellenstraße aufgrund ihrer für die Verkehrssicherheit besonderen Wichtigkeit nicht zugeschüttet wird, sondern erhalten bleibt und entsprechend saniert wird.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **17) Bessere Platzierung von Raucherzonen in Freibädern**

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Einrichtung von eigenen Raucherzonen in den städtischen Freibädern ist aus mehrfacher Hinsicht eine überaus begrüßenswerte Maßnahme. Zum einen dienen sie dem Nichtraucherschutz – stellt doch der Zigarettenrauch selbst im Freien für NichtraucherInnen in der unmittelbaren Umgebung eine Belästigung dar. Zum anderen, und auch das sollte nicht unterschätzt werden, geht es um die Vorbildwirkung: Vor allem Kinder sollten nicht dem Trugbild unterliegen, Rauchen wäre chic, lässig, sei „in“.

Umso wichtiger wäre es, Raucherzonen nicht unbedingt unmittelbar neben Plantschbecken oder Spielplätzen zu platzieren, wie das in dem einen oder anderen Bad der Fall ist – das kann denn doch nicht der Sinn des Rauchverbotes in unseren öffentlichen Bädern bzw. die Einrichtung von Raucherzonen sein.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

### **A n t r a g :**

Die Holding Graz/Freizeitbetriebe möge aufgefordert werden, bei der Situierung von Raucherzonen in städtischen Freibädern darauf Bedacht zu nehmen, dass diese nicht in unmittelbarer Nähe von Kinderschwimmb Becken bzw. Kinderspielplätzen liegen.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 18) Gesundes Essen in Grazer Freibädern

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer** stellt folgenden Antrag:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Grazer Freibäder sind für die Bevölkerung, insbesondere für Familien mit Kindern und Jugendliche wichtige Plätze zur Erholung und Bewegung in den Ferien. Orte, an denen Kinder und Jugendliche Bewegung in der frischen Luft und im Wasser sowie gemeinsame sportliche Aktivitäten durchführen können, sind gerade in der Stadt wichtig und dienen der Gesundheit.

Was leider derzeit aber häufig nicht der Gesundheit dient, ist das kulinarische Angebot der Buffets in den öffentlichen Freibädern. Großteils ist dieses von fettreichen, salzigen oder süßen Snacks geprägt, ergänzt durch Eis, Süßigkeiten und zuckerreichen Limonaden. Gerade für Kinder wäre hier - zumindest alternativ erhältlich - ein reichhaltigeres, ausgewogeneres und vor allem gesünderes Angebot mit frischem Obst, Bio- und Vollkornprodukten wünschenswert.

Ich stelle daher den

### **A n t r a g ,**

die Holding Graz wird dazu aufgefordert,

1. auf die PächterInnen der Kantinen der städtischen Freibäder einzuwirken, dass diese alternatives Essen zu fett- und zuckerreichem Fastfood in ihr Angebot aufnehmen.

2. bei der Neuausschreibung von Pachtverträgen für Buffets in städtischen Freibädern explizit eine ausgewogene, dem Motivenbericht entsprechende Angebotspalette in die Ausschreibungskriterien aufzunehmen.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **19) Maßnahmen zur Eindämmung von Lichtverschmutzung**

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher** stellt folgenden Antrag:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Den Begriff Lichtverschmutzung gibt es seit mehr als 25 Jahren, im Zusammenhang mit entsprechenden Maßnahmen der Stadt Graz ist er mir bisher allerdings noch nicht begegnet. Das kann nur bedeuten, dass entweder die Stadt Graz schon vorbildlich ist und keine besonderen Maßnahmen zur Verhinderung von Lichtverschmutzung getroffen werden müssen oder aber, dass diesem Themenfeld bislang zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Vom Straßenamt befindet sich heute ein Stück auf der Tagesordnung - „Stadtübergreifende energieeffiziente Straßenbeleuchtung im Urban Plus-Gebiet“ - welches genau in diese Richtung geht. Im Rahmen dieses Projektes werden moderne LED-Lampen eingesetzt, die auch aufgrund ihrer Bauweise wenig Licht verschwenden und nur das beleuchten, was beleuchtet werden soll. Ebenfalls zum Einsatz kommen werden Bewegungsmelder, die dafür sorgen sollen, die Lichtstärke zu reduzieren, solange sich keine Verkehrsteilnehmer in der Nähe befinden. Unabhängig von der Einsparung von Energie und damit gleichermaßen von Kosten für die Stadt Graz, ist dies auch eine Maßnahme zur Eindämmung von Lichtverschmutzung.

Daneben gäbe es noch zahlreiche weitere Möglichkeiten, um dem Phänomen der Lichtverschmutzung, welche nicht nur einen enormen negativen Einfluss auf die Tierwelt sondern auch auf den Menschen hat, entgegenzuwirken. In Deutschland dient Augsburg als Modellstadt für umweltfreundliche Beleuchtung. Aber auch Städte wie etwa Paris haben bereits ganz konkrete Maßnahmen gesetzt. So besteht seit einem Jahr eine gesetzliche Verpflichtung, in der Zeit von 1 Uhr früh bis 7 Uhr jegliche Außenbeleuchtungen von Gebäuden und Schaufensterbeleuchtungen abzuschalten.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

### **Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz, im Besonderen die für Gesundheit und Umwelt zuständige Frau Stadträtin Rücker, werden ersucht zu prüfen, inwieweit die Stadt Graz von Lichtverschmutzung betroffen ist, welche Möglichkeiten zur Verbesserung bestehen und werden darum ersucht, dem Gemeinderat einen Maßnahmenkatalog zu präsentieren.

*Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **20) Grazer Vorgärten – Einberufung eines runden Tisches und Veröffentlichung der Vorgarten-Dokumentation des Naturschutzbundes**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Das Thema Vorgärten rückt in Graz immer wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, oftmals allerdings durch negative Schlagzeilen im Zusammenhang mit der Zerstörung des einen oder anderen Vorgartens und dessen Nutzung als Parkplatz. Es scheint, dass die EigentümerInnen der Vorgärten oft zu wenige Informationen zum Wert und Schutz der Vorgärten haben. Daher ist es dringend notwendig, dass sich alle zuständigen Abteilungen der Stadt Graz sowie die ASVK und mit dem Thema befasste NGOs im Rahmen eines Runden Tisches mit dem Thema befassen und konzertierte Maßnahmen für einen besseren Schutz der Vorgärten und eine stärkere Information sowohl der GrundeigentümerInnen als auch der Öffentlichkeit entwickeln.

In der Sitzung des Grazer Naturschutzbeirats vom 16. April 2013 hatte Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl die Erarbeitung eines Projektkonzepts „Gärten, Vorgärten, Innenhöfe“ mit einem begleitenden Wettbewerb und Öffentlichkeitsarbeit angekündigt, in der Sitzung vom 01. Juli wurde über ein kleines Projekt des Naturschutzbundes – es umfasst drei Straßenzüge – berichtet. Gleichzeitig liegt im Stadtplanungsamt eine umfassende Dokumentation der Grazer Vorgärten auf, die digitalisiert und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden könnte und so einen bedeutenden Beitrag zur Bewusstseinsbildung leisten könnte.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

**A n t r a g :**

- Die Stadt Graz möge im Herbst 2014 einen „Runden Tisch“ zum Thema „Grazer Vorgärten“ unter Beteiligung aller relevanten Abteilungen (Bau- und Anlagenbehörde, Stadtplanung, Abteilung für Grünraum, Straßenamt), der

ASVK und des Altstadtanwalts sowie zum Thema arbeitender NGOs wie z.B. den Naturschutzbund einberufen.

- Die vom Naturschutzbund bereits vor mehr als 10 Jahren erstellte Dokumentation über die Grazer Vorgärten möge digitalisiert und auf der Website der Stadt Graz zum Download zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadt Graz möge die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Vorgärten verstärken und insbesondere auch betroffene EigentümerInnen über die Bedeutung und den Wert der Grazer Vorgärten informieren sowie einen Vorgarten-Wettbewerb initiieren.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **21) Ausbau der Schulsozialarbeit in Graz**

GR. **Vargas** stellt folgenden Antrag:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Das Schuljahr 2013/2014 geht für die Grazer SchülerInnen morgen zu Ende. Ein guter Anlass, um in Erinnerung zu rufen, dass der Bedarf an Schulsozialarbeit nach wie vor in unseren Schulen sehr hoch ist und durch das bestehende Angebot nicht abgedeckt werden kann.

Die Wiedereinführung der Schulsozialarbeit, die in der letzten Gemeinderatsperiode erfolgte, ist ja durchaus eine Erfolgsgeschichte. Sowohl LehrerInnen, als auch Eltern

und Kinder begrüßen dieses Angebot und nehmen es sehr gut an. Damit SchülerInnen sich auf die Schule konzentrieren und diese erfolgreich absolvieren können, brauchen sie einen guten sozialen Rahmen. Die Eltern wiederum sollten in den Schulalltag ihrer Kinder einbezogen und bei der Sicherstellung dieses Rahmens für ihre Kinder unterstützt werden. Das alles kann nicht von den LehrerInnen allein geleistet werden. Die Schulsozialarbeit ist hier eine professionelle Partnerin, die rasch und niederschwellig SchülerInnen und Eltern zur Seite stehen und gemeinsam mit den LehrerInnen an Problemlösungen arbeiten.

Graz kann sich nicht mit der Neueinführung der Schulsozialarbeit an den bisherigen Standorten zufriedengeben. Natürlich muss kritisiert werden, dass Bund und Land die Gemeinden hier viel zu wenig unterstützen, aber wir sollten alles tun, um Schritt für Schritt das Angebot der Schulsozialarbeit, das sich erwiesenermaßen gut bewährt hat, auf alle Grazer Pflichtschulen auszudehnen.

Deshalb stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird beauftragt

- den Bedarf an Schulsozialarbeit zu überprüfen und eine Priorisierung für den Ausbau vorzunehmen
- Verhandlungen sowohl mit dem zuständigen Landesrat als auch mit dem Ministerium bezüglich einer Aufstockung der Fördermittel für den Ausbau der Schulsozialarbeit aufzunehmen
- städtische Finanzierungsmöglichkeiten für den Ausbau der Schulsozialarbeit zu prüfen

- sowie dem Bildungsausschuss des Gemeinderates bis Oktober 2014 über den Stand der Verhandlungen und die Ergebnisse zu berichten

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **22) Bitcoin**

GR. **Pacanda** stellt folgenden Antrag:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

In Graz ist kürzlich der erste Bitcoin-Automat Österreichs in Betrieb gegangen. Bitcoin ist ein länderübergreifendes Zahlungssystem in Form von virtuellem Geld. Weltweit steigt die Anzahl der Bitcoin-Akzeptanzstellen, in Graz sind es bereits sieben.

Da dieses als innovativ geltende Konzept regelmäßig internationale Aufmerksamkeit bekommt, wäre es wünschenswert, wenn der Technologiestandort Graz Bitcoin-Akzeptanzstellen unterstützt. Möglichkeiten die sich anbieten wären zum Beispiel: „Bitcoin accepted“-Sticker, Printversion Coinmap Graz, Hinweis auf Bitcoin-Meile und Beratungsmöglichkeiten, Erwähnung oder Markierung in entsprechenden Broschüren, etc.

Die rechtliche Bewertung dieses Zahlungssystems in Österreich ist allerdings noch nicht vollständig geklärt und auch Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage. Eine Beurteilung der rechtlichen Situation bzw. Bereitstellung von entsprechenden Informationen für diejenigen, die solch eine Zahlungsmöglichkeit anbieten möchten wäre ebenso wünschenswert.

Daher stellen wir folgenden

**A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen mögen entsprechend des Motivenberichtes überprüfen mit welchen Mitteln sie Bitcoin Akzeptanzstellen bzw. Automaten in Graz unterstützen kann.

*Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**23) Songcontest Graz**

GR. **Pacanda** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Am 15. Mai 2014 wurde im Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, dass unser Bürgermeister Siegfried Nagl mit dem ORF in Verhandlungen treten möge um die Bedingungen für Graz als Austragungsort für den Songcontest im nächsten Jahr auszuloten. Jetzt zwei Monate später steht der Veranstaltungsort zwar noch nicht fest, Graz ist aber einer der drei Finalisten. In diesen zwei Monaten wurden viele Gespräche geführt und viel Arbeit und Energie floss in die Bewerbung. Da leider im Vorfeld keine Kostenabschätzung durchgeführt wurde, stelle ich folgenden

**A n t r a g :**

1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die bereits für die Bewerbung angefallenen Kosten dem Gemeinderat zu berichten (Opportunitätskosten, Kosten für externe Berater, interner Stundenaufwand usw.)

Sollte die Entscheidung im August auf Graz fallen so werden die zuständigen Stellen weiters ersucht:

2.) Die Kosten für die Ausrichtung eines solchen Events unter Berücksichtigung eventuell notwendiger Zu- bzw. Umbaumaßnahmen der dafür ausgewählten Veranstaltungsstätte zu ermitteln und dem Gemeinderat zu berichten.

3.) Einen Finanzierungsplan zu erstellen, aus dem ersichtlich ist, wie diese Veranstaltung finanzierbar wäre und diesen ebenfalls dem Gemeinderat zu präsentieren.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 18.27 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Martina Schröck

StR. Kurt Hohensinner, MBA

Der Schriftführer:

Der Schriftprüfer:

Wolfgang Polz

GR. Mag. Rudolf Moser

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb